

Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schell am 06.11.2019

Sehr geehrter Bürgermeister,
verehrte Ratsmitglieder,
geschätzte Mitarbeiter der Verwaltung,
werte Pressevertreter und Gäste,

irgendwann ist immer das letzte Mal, und da ich bekanntlich für den kommenden Rat nicht mehr kandidieren werde, ist dies mit Sicherheit meine letzte Haushaltsrede. Da der aktuelle Rat aber noch ein knappes Jahr im Amt sein wird, ist es allerdings noch zu früh, dass ich mich trotz der einen oder anderen Differenz bei den anderen Fraktionen für das gemeinsame Arbeiten in diesem Rat zum Wohle unserer Stadt bedanke – da wird sich eine andere, zeitlich passendere Gelegenheit finden, aber Ihr wisst schon mal, was auf Euch zukommt.

Wie in den vergangenen Jahren möchte ich zu Beginn der Verwaltung seitens der CDU-Fraktion für ihre sehr gute Arbeit in den vergangenen zwei Jahren danken und bitte die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter, diesen Dank an ihre zahlreichen Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. Unser Lob und Dank gilt im Rahmen unserer Haushaltsberatungen auch speziell Herrn Rupp und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die den Haushaltsentwurf erstellt haben, sowie den vielen Verwaltungsmitarbeitern, die der Kämmerei hierfür umfangreich zugearbeitet haben.

Ich habe in den vergangenen Jahren immer beispielhaft einige kleine und große positive Aspekte der letzten zwei Jahre in unserer Stadt aufgezeigt. Heute möchte ich es bei einem Punkt bewenden lassen, nämlich:

- Die Stadtwerke Sankt Augustin sind endlich an den Start gegangen. Das war ein langer Weg, aber ich bin überzeugt davon, dass wir den richtigen beschritten haben und dass die jetzt gefundene Konstruktion für die Stadt und ihre Bürger eine in vielerlei Hinsicht lukrative ist.
Eine Bemerkung am Rande – ich habe unmittelbar zum Start der Gesellschaft in die Wege geleitet, dass meine Frau und ich sowohl Strom als auch Gas von unseren Stadtwerken beziehen. Das lege ich jedem Ratsmitglied ans Herz, da dies der Bevölkerung umso mehr zeigen würde, wie sehr wir von unserer Entscheidung und unseren Stadtwerken überzeugt sind. Und so ganz nebenbei verbessern Sie dadurch unmittelbar das Konzernergebnis der Stadt und mittelbar z. B. über die Steuern der Stadtwerke auch das des Kernhaushaltes. Durch einzelne Energieverträge werden die Haushalte natürlich nicht saniert, aber wenn viele Bürger unserem Beispiel folgen, wird sich das signifikant bemerkbar machen.

Ich könnte nun wie in den früheren Jahren aus allen Fachbereichen aufzählen, was darüber hinaus durch die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Politik umgesetzt worden ist -und gerade die hier Anwesenden wissen bestens, dass das eine Menge war, da Sie ja daran beteiligt waren. Aber eine solche Aufzählung würde davon ablenken, dass wir neben dem bekannten der nicht ausreichenden Finanzen ein weiteres, immer größer werdendes Problem haben --- nämlich unbesetzte Stellen.

Die Anforderungen an die Verwaltung werden bekanntlich nicht kleiner. Alleine bei den Schlagworten Kitas und Schulen kommt jedem hier in den Sinn, was da noch alles zu tun ist, und darüber hinaus gibt es bekanntlich noch viel mehr. Früher war vieles damit getan, dass wir im Haushalt im Rahmen des Möglichen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt haben. Damit konnte man ziemlich sicher sein, dass das Gewünschte in naher Zukunft umgesetzt würde. Heute müssen wir immer häufiger feststellen, dass wir zwar – wenn auch begrenzte – finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, es aber bei der Umsetzung mehr und mehr „knirscht“.

Das ist – und das möchte ich ausdrücklich betonen – kein Problem seitens der vorhandenen Mitarbeiter, sondern der nicht vorhandenen. Wir haben insbesondere im Dezernat von Herrn Gleß aufgrund der Anforderungen an seinen Bereich immer wieder zusätzliche Stellen geschaffen – vor einigen Jahren sogar mal neun auf einen Streich. Zum Problem ist geworden, dass es heutzutage alles andere als selbstverständlich ist, dass ausgeschriebene städtische Stellen zeitnah besetzt werden können, da es oft überhaupt keine Bewerber gibt. Von den genannten neun Stellen sind einige bis heute nicht besetzt und bekanntlich gibt es viele weitere unbesetzte Stellen im ganzen Haus.

Das Problem ist allen hinlänglich bekannt und manchmal wundere ich mich, dass es nicht mehr Überlastungsanzeigen der Mitarbeiter gibt. Es macht dann keinen Sinn, in allen möglichen Ausschüssen sehr (manchmal zu) scharf zu kritisieren, dass vieles zu langsam geht – die vorhandenen Mitarbeiter leisten offensichtlich eine Menge, können aber keine Wunder vollbringen. Diejenigen, die in meinen Augen manchmal überzogene Kritik äußern, sollten sich auch immer bewusst sein, dass sie es hier mit Menschen zu tun haben; Menschen, die bei permanenter Kritik auch mal auf den Gedanken kommen können, anderswo eine Stelle zu suchen – und dann wäre die Kritik nicht nur überzogen, sondern sogar kontraproduktiv, weil sie dann dazu geführt hätte, dass noch weniger Mitarbeiter die Arbeit erledigen sollen.

Erschwert wird das Problem dann zudem, dass es für manche ausgeschriebene Gewerke im Baubereich heutzutage überhaupt keine Angebote mehr gibt – wie zuletzt beim Karl-Gatzweiler-Platz. Da entstehen Verzögerungen, die allen hier Anwesenden nicht gefallen, die aber auch keiner von ihnen zu verantworten hat. Die Kolleginnen und Kollegen im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss können leider ein Lied davon singen.

Und wer glaubt, dass die Mitarbeitersuche vor allem ein Problem im Dezernat von Herrn Gleß ist, sollte sich mal gut überlegen, wo denn die ganzen Fachkräfte für die Kitas herkommen sollen, die in Planung sind. Egal, ob die Stadt für städtische oder Freie Träger für ihre Kitas kein Personal bekommen – wenn dadurch irgendwann mal Gruppen geschlossen werden müssen, hätten wir hier im Rat das Problem, da der gesetzliche Anspruch der Kinder bzw. ihrer Eltern für einen Kita-Platz uns gegenüber gilt.

Eine einfache Lösung gibt es offensichtlich nicht – besonders, da wir mit unserer Lage neben Bonn als Sitz vieler Bundesbehörden personaltechnisch neben einem großen Magneten liegen, da dort für die praktisch gleiche Tätigkeit höher entlohnt werden darf. Vielleicht muss man mehr in Richtung kreativer Überlegungen z. B. von einer weiteren städtischen Gesellschaft gehen, um andere Entlohnungsstrukturen aufbauen zu können oder sogar bestimmte Tätigkeiten dorthin und nicht „fremd“ zu vergeben. Hiermit müssen wir und auch der uns folgende Rat uns intensiv auseinandersetzen. Was aber in jedem Fall nicht hilft, ist überzogene Kritik, denn das ist pure Demoralisierung des Personals.

Nun aber zum vorliegenden Haushaltsentwurf, der gemäß 3. Änderungspapier ein Defizit von knapp 7,7 Mio. Euro für 2020 und knapp 2,8 Mio. Euro für 2021 aufweist – also in zwei Jahren weit über 11 Mio. Euro! Dies ist zwar ein geringerer Verlust als in den Vorjahren, aber immer noch ein enormer Betrag.

Um im Jahr 2022 den Ausgleich gemäß Haushaltssicherungskonzept zu schaffen, sieht sich die Verwaltung zu dem Vorschlag gezwungen, den Hebesatz der Grundsteuer B in 2021 noch einmal anzuheben - um 50 Punkte auf dann 600% anzuheben. Und obwohl fast alle Fraktionen sich erkennbar an den umfangreichen Fragen – nur die Linken scheinen schon alles zu wissen; zumindest kann man ihre Fragenlosigkeit so interpretieren (das ist übrigens ein Zitat aus meiner letzten Haushaltsrede) – intensiv mit dem Haushaltsentwurf auseinandergesetzt haben, hat keine Fraktion ein Rezept gegen diese notwendige Hebesatzanhebung gefunden.

Eine große Bitte habe ich an alle hier im Saal und auch an unsere Nachfolger nach der Kommunalwahl 2020. Die mittelfristige Planung weist für die Jahre 2023 und 2024 Gewinne von jeweils rund 5 Mio. Euro aus. Ich bin leider der Überzeugung, dass dies in dieser Höhe nicht eintreten wird. Dafür gibt es eine Menge Gründe - von vom Land vorgegebenen, zu gering geschätzten Personalkostensteigerungen bis hin zu einer wahrscheinlichen Wirtschaftseintrübung mit negativen Auswirkungen auf die Einnahmeseite. Das sind übrigens keine Fehler oder Fehleinschätzungen von Herrn Rupp, sondern welche der Vorgaben des Landes, anhand der er die Planung aufstellen muss. Sei es wie es sei – in jedem Fall sollte das Geld erst ausgegeben werden, wenn es tatsächlich im Stadtsäckel ist; und am besten auch erst dann, wenn die Stadt wieder ihre Rücklagen erheblich aufgestockt hat.

Fast zum Schluss möchte ich an dieser Stelle noch einen Rückblick auf einen Antrag bei den letzten Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2018/2019 machen. Seitens der CDU-Fraktion hatten wir hinsichtlich der Ausgabenseite eine gründliche Überprüfung der ÖPNV-Umlage des Schienendefizits, welches seitens des Kreises auf die Kommunen umgelegt wird, beantragt, und dem wurde hier einstimmig zugestimmt. Hintergrund war und ist, dass wir hier mehr als 12mal so viel Geld zahlen wie unsere Nachbarstadt Siegburg, was in unseren Augen nicht gerechtfertigt ist. Hiervon versprechen wir uns im Erfolgsfall eine sechsstellige Ausgabenreduzierung – und zwar jedes Jahr! Zwar ist seitens der Verwaltung pflichtgemäß etwas an den Kreis geschrieben worden, aber Bewegung ist in den zwei Jahren in diese Kostenverteilung überhaupt nicht gekommen. Ich schaue daher mal zum CDU-Koalitionspartner auf Kreisebene, den Grünen, hinüber und verbinde das mit der Bitte an sie, dass wir das gemeinsam nochmal beim Kreis thematisieren sollten.

Heute haben wir über den vorliegenden Entwurf inkl. der in langen Sitzungen diskutierten Änderungspapiere und Anträge zu befinden. Sicherlich ist niemand zufrieden mit dem Ergebnis des umfangreichen Zahlenwerks, da das Minus nach wie vor viel zu hoch ist. Es enthält aber auch eine Menge wichtige Projekte – allen voran Kitas und Schulen –, die unsere Stadt weiter nach vorne bringen werden und das Leben in unserer schönen Stadt weiterhin lebenswert gestalten werden. Daher stimmt die CDU-Fraktion dem aktuellen Entwurf zu, damit unsere Kommune weiterhin das bleibt, was dieser Begriff ursprünglich bedeutet – eine Gemeinschaft!

Vielen Dank!

(es gilt das gesprochene Wort)